

Sommergespräch 2010

Ingrid Thurnher im Gespräch mit Josef Pröll und Hannes Androsch

ORF2, 30.08.2010

(Transkript)

Thurnher: Meine Damen und Herren, wir melden uns heute aus der Wiener Donaacity, der Wolke 21, wie dieser Veranstaltungsort hier heißt. Und tatsächlich schweben wir schon fast mitten in den Wolken, hoch über der „Glatte“, wie die Wiener gerne zu diesem Ort sagen – einem der wichtigsten Stadtentwicklungsgebiete der Bundeshauptstadt. Ich sage ganz herzlich willkommen, ÖVP-Bundesparteibeamten und Finanzminister Josef Pröll – und einer Ihrer Vorgänger, der Industrielle Hannes Androsch. Herzlich willkommen, Herr Androsch. Der frühere Finanzminister der Ära Bruno Kreisky befehligt heute als Industriekapitän rund 10 000 Mitarbeiter in so unterschiedlichen Branchen wie beim Leiterplattenhersteller AT&S mit Produktionsstandorten in China, Indien und Österreich, dem Internet-Wettanbieter Bwin, bei den Salinen oder in seinem eigenen Gesundheitshotel. Beteiligungen hält Androsch bei der BAWAG und bei mehreren Industrieriesen, und er ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei der FIMBAG, der so genannten Banken-ÖIAG, die für das Management des staatlichen Bankenhilfspakets zuständig ist.

In der Politik mischt er gerne mit als Berater, und zwar für jeden, der ihn um Rat fragt, wie er selber sagt.

Herr Androsch, hätte Sie Herr Pröll um Rat gefragt, ob das eine gescheite Idee ist mit dem Verschieben des Budgets spät in diesen Herbst hinein – was hätten Sie ihm geantwortet?

Androsch: Ich hätte gemeint, dass man das vermeiden soll. Wir hatten eine ähnliche Situation '77, wo wir auf Landtagswahlen – damals Burgenland am 13. Oktober – Rücksicht nehmen mussten oder genommen haben, und dennoch war das Budget fertig. Wenn man aber das meint nicht zu schaffen – weil das Budget muss ja im Wesentlichen fertig sein zu diesem Zeitpunkt, aber es heikle politische Punkte – wenn man die nicht in einer Wochenend-Klausur zwischen 10. Oktober und 22. Oktober meint schaffen zu können, dann hätte man wenigstens ein Budget-Provisorium wie im 65er-Jahr machen können. Kann es noch immer machen, würde ich dringend empfehlen, weil man sich sonst unnötigen Vorwürfen aussetzt. Und wenn man von den Staatsbürgern erwartet, dass sie Gesetze einhalten – zum Beispiel die Steuergesetze, und noch mit zusätzlichen Strafen jetzt bedacht werden durch die Novelle des Finanzstrafgesetzes – dann würde es schon besser ausschauen, wenn die Regierung sich an das oberste Gesetz, nämlich die Bundesverfassung halten würde.

Pröll: Ja, zum einen: Wir stehen, und das muss man schon sehen – und das ist jetzt ein Schlüsseljahr, 2010 – vor der größten Aufgabe, die die Republik zu erledigen hat nach der größten Krise seit 1930. Es ist ein Megaprojekt, das es zu erledigen gilt. Und ich kann Ihnen durchaus folgen, wenn Sie argumentieren Richtung Budget 2011. Wir wollen ja mehr machen, einen großen Wurf, nämlich auch die Sanierung des Landes, über 2011 hinaus bis 2013/14 eine klare Perspektive zu geben, die Defizite zurückzufahren und die Schulden in den Griff zu bekommen. Auch das ist ein

wesentlicher Bestandteil dieser Gespräche und Verhandlungen. Und drittens – wir müssen mit den Ländern weiterkommen. Und deswegen habe ich das Parlament informiert vor dem Sommer – fair, dass der 22. Oktober schwer zu halten sein wird, weil Megaprojekt. Wenn Sie Wahlen ansprechen, so habe ich sicher dieses Projekt wegen der Wahlen verschoben, aber ich will auch nicht haben, dass Wahlkämpfe – Michael Häupl hat das gesagt, „die Zeit der konzentrierten Unvernunft“ – die Qualität dieses Megaprojektes gefährden. Und deswegen ist es ein sehr knapper Zeitplan. Wir arbeiten mit Hochdruck, das muss man auch dazusagen, in der Bundesregierung. Die Minister sind dabei, den Ausgaberahmen, den wir im Mai beschlossen haben, zu erfüllen – mit konkreten Maßnahmen. Und wir arbeiten mit Hochdruck. Und garantiert ist für die Menschen in diesem Land, dass mit 1. Jänner dieses Dreiecks-Gesamtpaket in Wirkung sein soll. Und das ist ein Thema, das es zu entwickeln gilt. Vielleicht gestatten Sie mir noch ganz kurz zur Frage Verfassung – und das ist ja in der Tat ein Vorwurf, den man nicht im Raum stehen lassen kann. Ich bin da bei Heinz Fischer, der gesagt hat, es handelt sich um keinen Verfassungsbruch, weil die Verfassung selbst nach Nennung des 22. Oktober sofort Ausnahmen in außergewöhnlichen Umständen vorsieht. Und diese Wirtschaftskrise ist ein absolut außergewöhnliches Ereignis – von der Tiefe, von der Heftigkeit und auch von den Antworten, die jetzt zu suchen sind.

Thurnher: Ein unglaublich praktisches Argument. Dipl.-Ing. Dieter Schalk, Freiberufler aus Fürstenfeld, schreibt uns in einer E-Mail: „Ich unterliege strengstens den Vorgaben des Ministeriums, auch was die Termine betrifft. Eine Nichtbefolgung zieht bei mir empfindliche Strafen nach sich.“ Bei Ihnen zieht es nach sich, dass die Opposition eine Sondersitzung einberuft, möglicherweise einen Misstrauensantrag macht, aber ansonsten –

Pröll: Hat schon gemacht.

Thurnher: Ja, genau. Aber ansonsten gibt's ja keine Konsequenzen. Jetzt könnte der Herr Schalk ja auch sagen: „Naja, ist ein schwieriges Jahr, große Wirtschaftskrise. Herr Finanzminister, Sie müssen Verständnis haben, es geht halt nicht, bitte warten Sie bis nächstes Jahr.“

Pröll: Der Punkt ist: Es gibt – und das wissen die Bürgerinnen und Bürger – in einer Reihe von Gesetzen bei außergewöhnlichen Ereignissen privater Natur oder betrieblicher Natur – Schadensfälle, Brandfälle, anderes – eine Reihe von Möglichkeiten, Ermessensspielräume für die Behörde und gesetzliche Fristen zu dehnen. Und ich ersuche ja das Parlament, das zu sehen, diese außergewöhnliche Lage. Ich habe ja nicht gesagt, so ist es und da fährt der Zug drüber, sondern ich versuche einen ordentlichen Zeitplan hinzubringen, damit wir gemeinsam für Österreich dieses Sanierungspaket auf den Weg bringen. Das ist eine Aufgabe, die wir haben. Und noch einmal: Ich kann das auch unterstreichen durch eine ganz banale und vielleicht sehr einfache Aussage. Ich hätte ja warten können bis zum 10./11. Oktober und dann sagen: Das Budget geht sich für heuer nicht aus. Nein, ich habe im Juni – wissend, dass es eine große Diskussion geben wird – mit dem Bundeskanzler gemeinsam das Parlament gebeten, einen neuen Zeitplan für heuer ausnahmsweise zu erfüllen. Konsensual und nicht konfrontativ. Und das ist mein Angebot.

Thurnher: Und dann haben Sie keine Woche vergehen lassen, in der Sie nicht gesagt haben: Gut, es gibt diesen Finanzrahmenplan, und es gibt keinen Cent mehr als das, was da drin steht. Dann kam der vergangene Freitag. Und seit vergangenen Freitag bekommt das Justizministerium 28 Millionen mehr. Und jetzt fragt man sich schon: Gilt da gestern schon nicht mehr, was Sie heute sagen? Und was gilt dann morgen?

Pröll: Aber Frau Thurnher, eine vorsorgende Politik – und ich denke, jeder der politische Verantwortung hat, und das wird auch Dr. Androsch durchaus bestätigen können, weil er ja elf Jahre als Minister in einer sehr spannenden Zeit als Finanzminister tätig war – gibt's Herausforderungen, die ihresgleichen suchen. Und abgeleitet aus dieser Mega-Wirtschaftskrise haben wir es jetzt mit riesigen Verdachtsfällen in der Wirtschaftskriminalität zu tun. Ich meine, die Hypo Alpe-Adria – der Aktenstoß ist elfmal so hoch, sagt mir die Justizministerin, wie der Stephansdom – muss bewältigt werden. Und ich kann ja nicht zuschauen in einer derartig vertrauensbildenden Herausforderung für die Justiz, dass das so quasi ausrinnt und nicht weitergeht. Und deswegen gibt's 28 Millionen Euro für die nächsten Jahre bis 2014 – mit kleinen Summen beginnend steigert sich das auf eine Summe von 28 – um die Justiz zu stärken und das Vertrauen in der Bevölkerung zurückzuholen.

Thurnher: Die Aktenstöße waren auch schon ziemlich hoch, als Sie diesen Finanzrahmenplan beschlossen haben. Da haben Sie auch gesagt, 60:40 soll es ausgehen – 60 Prozent Einsparungen, 40 Prozent neue Einnahmen. Für die sind aber Sie jetzt ganz allein zuständig. Der Finanzminister sagt irgendwie, wo sollen neue Steuern gemacht werden. Also die 40 Prozent, die müssen Sie bestimmen. Und dann sagen Sie auch, das Finanzministerium ist das Herz der Politikgestaltung. Schlägt in diesem Herz irgendeine Idee, wo Sie diese 40 Prozent hernehmen wollen? Oder haben Sie gar keine Idee dazu? Oder wollen Sie es einfach nicht sagen?

Pröll: Zum ersten, das ist schon ein wesentlicher Punkt. Wir haben im Mai diesen Budgetrahmen für die Ausgabenobergrenze – also quasi eine Schuldenbremse für Österreich bis 2014 – beschlossen im Parlament. Das ist eine Qualität, die kein anderes Land der Europäischen Union hat.

Thurnher: Nein – über die 40 Prozent einmal.

Pröll: Ja. Ich möchte das nur der Vollständigkeit halber dazusagen. Und mein Herz schlägt nicht bei den Steuererhöhungen, mein Herz schlägt beim Sparen. Wir haben ein strukturelles Budgetdefizit, das jetzt durch die Krise noch betont und noch stärker geworden ist, aber auch in den Strukturen Sparerfordernis. Das heißt, mein Herz schlägt beim Sparen. Da höre ich wenig vom Koalitionspartner. Und ich werde keine Maßnahme zur Steuererhöhung absegnen oder durchwinken – außer der Bankenabgabe, die derzeit mit den Banken schon im Gespräch ist – wenn nicht vorher das Sparen auf der Strukturseite auf Punkt und Beistrich erfüllt ist. Und dort schlägt mein Herz, beim Sparen. Wer mehr spart, braucht weniger Steuern – das ist mein Grundsatz. Und das gilt jetzt für die Diskussionen in den nächsten Wochen.

Androsch: Ich möchte die Terminfrage nicht überstrapazieren. Aber Sie setzen sich damit der Gerüchtebörse aus, dass Sie gar keine Zeit haben, weil Finanzminister ist ein Fulltimejob. Sie sind aber auch Bundesparteiobermann und Sie sind Vizekanzler einer Koalitionsregierung, Sie müssen – ich

weiß nicht, wie oft – für das Zeitbudget in Brüssel zur Verfügung stehen, sind also sozusagen nur teilzeitbeschäftigter Finanzminister für einen Vollzeitjob. Dieses Gerücht bringen Sie damit auf. Oder noch ein unangenehmeres, was ich nicht glaube, dass man sagt, Sie wollen ja gar kein Budget zustande bringen, sondern die Regierung über die Klinge des Budgets springen lassen, weil Ihre Sehnsucht nach dem Palais so groß ist.

Pröll: Nein, also das schließe ich definitiv aus. Im Gegenteil, ich möchte haben, dass Österreich mit einem ordentlichen Budget 2011 und – und das ist eine spannende Frage – nicht nur die Budgetvorlage und dieses Megaprojekt der Sanierung. Und da werden Sie mir Recht geben, wenn man bis 2014 die Konsolidierung auf sechs Milliarden hochschrauben muss, dann hat das eine gewisse Herausforderung, noch dazu, wenn man die Bundesländer dazu braucht. Und ganz ehrlich gesagt, Sie wissen das ja genauso wie ich, da geht's nicht um Halbzeitminister. Sie waren doch auch Finanzminister, Vizekanzler –

Androsch: Ja, aber ehrenhalber in einer Alleinregierung, das hat ja keine Zeit gekostet.

Pröll: Aber doch in der eigenen Partei verstrickt in gewisse Diskussionen und Frequentierung. Das ist auch gegangen. Und bei mir geht das sehr gut. Ich habe deswegen auch ein starkes Team an meiner Seite mit zwei Staatssekretären, die mir im Parlament durchaus Arbeit abnehmen, mit Reinhold Lopatka, der seine Arbeit hervorragend macht, sowie Andreas Schieder von der Sozialdemokratie. Das heißt, wir sind ein starkes Team, das das positiv für Österreich erledigen kann. Und das ist unsere Aufgabe.

Thurnher: Herr Lopatka sagt übrigens: „Man muss den Menschen die Wahrheit sagen.“ Ich möchte Ihnen gern zwei Zitate vorlesen und möchte gerne wissen, welches für Sie eher zutrifft. Das eine lautet: „Ich werde sicher nicht jene, die tagtäglich hart arbeiten, um einen einzigen Federstrich noch mehr belasten.“ Oder aber: „Jeder muss seinen Beitrag leisten, es wird sich keiner der Leistungsträger bei der Sanierung des Landes auf die Seite stellen können.“ Welches gilt denn jetzt?

Pröll: Das Eine schließt das Andere nicht aus.

Thurnher: Ach so? Naja. Jene, die tagtäglich hart arbeiten, werden Sie nicht noch um einen einzigen Federstrich mehr belasten?

Pröll: Und zu welcher Aussage ist dieses Zitat gefallen? Das müssen Sie dazusagen.

Thurnher: Ja, das war im Oktober letzten Jahres –

Pröll: Es ging nämlich um die Frage der Belastung des Mittelstandes – alleine abzuladen die Belastung der Zukunft am Mittelstand. Und dort werde ich nicht alleine auf die zugreifen, die täglich hart arbeiten.

Thurnher: Von „allein“ steht hier nichts. Es steht nur hier, „keinen Federstrich“ werden Sie sie mehr belasten. Und jetzt sagen Sie: Jeder wird seinen Beitrag leisten. Da zitieren Sie die Leistungsträger. Und jetzt würde mich interessieren: Wer ist denn aller ein Leistungsträger in Ihrer Definition? Ist das auch ein Mindestlohnbezieher, einer, der sowieso keine Steuern zahlt, weil er so wenig verdient? Jeder?

Pröll: Wir haben 2,7 Millionen Menschen in Österreich, die derzeit keine Lohn- und Einkommensteuer zahlen. 10 bis 15 Prozent der Lohnsteuerzahler bringen 50 Prozent des Gesamtkuchens auf, und der

Kuchen kann erst dann verteilt werden durch Sozialverteilung und andere Verteilungsmechanismen, wenn er erwirtschaftet ist. Und da klärt sich natürlich auch die unterschiedliche, logische Positionierung. Wenn manche am linken Rand der Sozialdemokratie immer nur über Verteilungsgerechtigkeit reden, dann muss und werde ich entgegenhalten: Es geht auch um Leistungsgerechtigkeit. Und da wird sich bei der Sanierung des Landes niemand auf die Seite stellen können. Aber einen Angriff alleine und Zugriff auf den Mittelstand, auf Eigentum, auf die, die arbeiten und mit ihren Lohnsummen- und Einkommensteuern den Topf füllen – das wird's nicht geben. Aber auch sie werden einen Beitrag leisten müssen. Und so gesehen geht es bei der einen Frage um die Struktur in der Verteilung, um die Neuaufstellung der Verteilungsleistungen – und auf der zweiten Seite um die Frage der Steuergestaltung.

Thurnher: Werden Sie ein bisschen konkreter. Hören Sie mal, was Frau Hertha Ganauser hier aus der Gegend Sie gerne fragen möchte: „Herr Vizekanzler Pröll, ich bin auf Arbeitsuche, ich habe zwei Kinder und ich muss meinen Gürtel auch etwas enger schnallen. Ich finde es etwas unfair – könnten die Reichen nicht auch mehr zur Kasse gebeten werden?“

Pröll: Es ist überhaupt keine Frage, dass jeder und dass jede – das habe ich schon gesagt, auch die so genannten Reichen – müssen wir noch diskutieren, wer sind die Reichen – ihren Beitrag leisten werden.

Thurnher: Ja, aber alle gleich viel, ist die Frage? Oder die Reichen mehr?

Pröll: Je nach Leistungsfähigkeit. Es ist ja schon per Definition so, dass alleine bei der Frage zum Beispiel, Stiftungen, Stiftungsbesteuerung, wo wir auch eine Diskussion führen, andere Summen zustande kommen als das bei den Einkommensschichten ist, die keine Lohn- und Einkommensteuer zahlen. Aber – und das ist der wichtige grundpolitische Zugang von mir – es kann sich niemand auf die Seite stellen, und es werden auch die so genannten Reichen nicht alleine die ganze Last zu tragen haben. Und was vergessen wird bei dieser Frage – und so gesehen kann ich natürlich – sie ist auf Arbeitsuche – den Wunsch verstehen – was vergessen wird, ist, dass wir nach den strukturellen Defiziten, die wir hatten und haben, durch die Frage der Konjunkturpakete, durch die Frage der Steuerreduktionen der Lohn- und Einkommensteuer, im letzten Jahr Österreich durch die Krise gebracht haben als andere. Wir sind Nummer eins am Arbeitsmarkt, was die Arbeitslosensituation betrifft. Das hat uns alles viel Geld gekostet und wir müssen jetzt wieder auf Sanierungskurs zurückkommen. Und diese Investitionen haben allen geholfen, vor allem auch jenen, die in harter Konkurrenz am Arbeitsmarkt täglich stehen. Und auf das sollten wir stolz sein auf der einen Seite – als Arbeiterregierung, und auf der anderen Seite muss man natürlich jetzt die Antworten finden und gemeinsam da rauskommen.

Thurnher: Herr Androsch – Reichensteuer, Stiftungssteuer – da ist alles Mögliche jetzt gefallen. Wie sehen Sie das? Reicht das als strukturelle Reform?

Androsch: Ja, zunächst möchte ich sagen, es ist ja durchaus richtig, von Gerechtigkeit, von Fairness, von Solidarität zu reden. Dann muss man das aber auch auf die Unterschiede zwischen dem im Wettbewerb stehenden Sektor anwenden gegenüber dem geschützten, und das ist der öffentliche Bereich. Und noch mehr brauchen wir eine Generationengerechtigkeit. Denn dass wir in die

Schuldenfalle geraten sind, ist ja nicht unwesentlich zulasten der Zukunft und zulasten der Generation unserer Kinder und Enkelkinder gegangen. Das muss korrigiert werden. Und im geschützten Sektor haben wir riesige Fettpolster. Es sind ja manche Bereiche krankhaft adipös geworden.

Thurnher: Welche meinen Sie da konkret?

Androsch: Werde ich gleich aufzählen. Die Bundeslehrer, im Besoldungswesen, beim Wasserkopf des Bundesheers – alles eine Folge eines strangulierenden Dienstrechtes. Wohnbaugelder, die bis 2001 zweckgebunden waren, sind es nicht mehr und sind verspekuliert worden. Der Präsident der Wirtschaftskammer hat gesagt „gesetzlich legitimierte Veruntreuung“. Der Rechnungshof und das Wirtschaftsforschungsinstitut haben – und das nehme ich als untere Grenze an – ein Einsparungs-, ein Abspeckungspotenzial von 11 Milliarden identifiziert. Aber das müssen wir überwinden. Und das heißt aber, eine Koalition der Betonierer und der Verhinderer und der Blockierer aufbrechen. Und da fallen Sie – wenn das der Landesverteidigungsminister für den Wasserkopf Verwaltungspersonal beim Heer will – in die Parade. Und wenn die Bildungsministerin das im Schulbereich tun will, in den Rücken. Obwohl wir ein antiquiertes, teures, ineffizientes Schulsystem haben. Und gleichzeitig geben wir den Universitäten zu wenig Geld, der Forschung – Sie haben den Forschungspfad im Dezember 2008, wie ja schon den Ressorts mitgeteilt war, wieder verengt. Und wollen das weiter kürzen. Seit drei Jahren liegt in den Tischladen die Strategie für Forschung, Technologie und Innovation – sie wird nicht verabschiedet. So können wir die Zukunft nicht meistern.

Thurnher: Bleiben wir vielleicht kurz noch bei dem Thema Wasserkopf –

Androsch: Nein, ich komme zu den Steuern. Und seit eineinhalb Jahren haben wir eine irrwitzige, masochistische Steuerdiskussion, die schon beträchtliche steuerbelastende Phantomschmerzen erzeugt –

Pröll: Aber Sie wissen, wo die herkommt, diese Debatte? Die kommt nicht aus meiner und unserem Teil der Regierung, sondern aus der sozialdemokratischen Reichshälfte, wo massiv die Frage „Steuerschraube nach oben, Belastung des Mittelstandes“ gedreht wird.

Androsch: Ich meine, dass wir zuerst einmal diese Fettpolster beseitigen müssen. Und da haben Sie das größere Problem, weil das Ihre Klientel ist. Das gilt auch für die Subventionen. Wir haben eine doppelt so hohe Subventionsquote wie der EU-Durchschnitt. Aber in einem Fall bin ich für eine Steuer, nämlich eine Bartsteuer für den öffentlichen Verschwendungsbereich. Bekanntlich hat ja Peter der Große, um Reformen durchzubringen und zu modernisieren, gesagt: „Entweder lasst ihr euch die Bärte abschneiden, oder ihr müsst sehr viel Steuer bezahlen.“ Das würde ich den Landeshauptleuten und den Gewerkschaftsbossen des öffentlichen Dienstes aufs Auge drücken. Entweder kommt viel Geld herein, oder diese Verschwendung verschwindet – und Sie haben saldenmäßig den gleichen Vorteil. Und dann würde ich noch eine Schuldenbremse vorsehen, so wie es die Schweizer erfolgreich zu Beginn des letzten Jahrzehnts getan haben und daher viel besser aus der Krise ausgestiegen sind voriges Jahr und heuer, als wir.

Thurnher: So, Bart ab – Herr Finanzminister.

Pröll: Das sind jetzt eine ganze Reihe von Anregungen und Wünschen. Also zuerst muss ich mit einem Missverständnis aufräumen.

Androsch: Empfehle ich nur, um Ihnen den Rücken zu stärken.

Pröll: Ja, absolut, ich habe es als Rückenwind nach der Sommerpause auch verspürt und verstanden. Aber ich muss trotzdem auf ein paar Themen eingehen.

Thurnher: Ist der Bart ab beim öffentlichen Dienst – war eines der Themen, die Herr Androsch hier hergelegt hat.

Pröll: Ja, aber darf ich darauf eingehen, weil er ganz konkrete Beispiele genannt hat mit der Landesverteidigung und mit den Beamten. Dass ich auf der Bremse stehen würde – nein, überhaupt nicht. Ich weiß nicht, wo dieses Gerücht herkommt. Ich sage ganz klipp und klar: Ich war derjenige, der jetzt dafür gesorgt hat – und wir haben das in der Regierung Gott sei Dank konsensual diskutiert und auch gegen den Willen der Gewerkschaft, dass es natürlich so sein muss, dass überzählige Beamte – von Telekom, auch im Verteidigungsressort – für meine Betrugsbekämpfung im Finanzminister umgeschichtet und neu zugeteilt werden müssen. Sie wissen, das war bis dato undenkbar. Wir besetzen nur jeden zweiten Beamten in der Pensionierung auf Bundesebene nach. Und wir müssen – da gebe ich Ihnen Recht – in Umsetzung dessen, was wir zum Beispiel mit den Ländern beschlossen haben, Pensionsrecht für Beamte, dafür sorgen, dass auch in dieser Stadt hier, in Wien, die Millionensummen, die nach wie vor als Pensionsraub an der nächsten Generation entsprechend gestaltet werden, dass auch hier harmonisiert wird. Das heißt aber, ich bin dafür, dass wir auch im öffentlichen Bereich die entsprechenden Schritte setzen. Wir werden uns bei der –

Thurnher: Aber reden wir über eine aktuelle Sache, Herr Pröll, die in diesem Zusammenhang steht, dass damit wir es ein bisschen konkreter machen können, nicht so allgemein bleiben. Da war diese Sache mit den Lehrern. Dann kam wieder der Vorschlag von der Frau Ministerin Schmidt, der Bund soll das kontrollieren, wenn er schon nicht sozusagen selber die Hand drauf haben kann. Ich möchte wieder Sie zitieren, da sagen Sie: „Ich will klare Entscheidungsstrukturen und Verantwortlichkeiten, Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung müssen in einer Hand liegen.“ Oder ganz einfach gesagt: Wer zahlt, schafft an. Kaum kommt der Widerstand aus Radlbrunn, aus Niederösterreich und von anderen Landeshauptleuten, fallen Sie um und die Frau Ministerin steht mit ihrem Vorschlag allein da. Und Sie sagen: „Man kann in jede Richtung reden.“ Aber entschieden wurde nicht in ihre Richtung.

Pröll: Aber Frau Thurnher, ich bitte Sie, eines zu sehen in dieser ganzen Frage. Zum ersten, wer mich kennt, weiß, dass ich klar Position beziehe und auch in den Verhandlungen, die vor uns stehen – egal mit wem – klare Linien ziehen werde. Und da können alle Betroffenen damit rechnen, dass hier klare Perspektiven an den Tag kommen.

Thurnher: Wann, ist die Frage. Wann?

Pröll: Jaja. Aber zur Frage Lehrer – und Dr. Androsch hat zu Recht viele Themen angesprochen. Und ich möchte schon auch die Möglichkeit haben, darauf zu antworten und nichts im Raum stehen zu lassen. Zu den Lehrern: Vergessen wir nicht, dass wir jetzt ein Mischsystem haben. Wir haben ein Mischsystem. Wir haben Bundeslehrer, 35 000. Und jetzt 60 000 Landeslehrer. Wissen Sie, was jetzt

bei den Landeslehrern passiert? Jetzt, Status quo, seit Jahren, und die Dynamik setzt sich fort. Die Länder stellen an und wir zahlen.

Androsch: Und wollen es nicht einmal kontrollieren lassen.

Pröll: Und jetzt kommt die Frage des Controllings dazu. Die Controlling-Verordnung wurde ausgemacht im Finanzausgleich und gilt bis 2013. Muss man auch dazusagen und wissen. Wir agieren auf einem rechtssicheren Boden. Und jetzt ist der Vorschlag gekommen aus Niederösterreich und der hat geheißen: Überlegen wir doch eine völlige Entflechtung bei den Lehrern. Heißt: Schulsystem, Bildungsziele, Qualitätsziele, Schulordnungen – alles das, was die Kinder betrifft und unsere Ausbildungsqualität, Bundeskompetenz. Und entflechten wir alles andere so, dass die Lehrer in der Verwaltung der Länder sind mit einer Schüler-Kopfquote, mit einem fixen Betrag. Und damit ist ein für allemal aus, dass der, der anstellt, den anderen zur Kasse bittet. Und da habe ich gesagt: Ich bin bereit, mit den Bundesländern nicht nur in der Frage der Lehrer, sondern generell dieses seit Jahrzehnten verwobene Föderalismusystem, wo die Frage der Geldaufbringung und der Geldverwendung oftmals nicht zusammenpasst, einfach zu entflechten. Wir brauchen stärkere Verantwortung Geldaufbringung/Geldausgabe. Sonst lebt der eine gut – und das haben ja Sie angesprochen – auf Kosten des anderen. Und da sind die Lehrer ein Beispiel, und da gibt's andere. Ich sage nicht mehr und nicht weniger – und Sie zitieren mich ja richtig – dass ich bereit bin, diese Dinge anzusprechen.

Thurnher: Ja, aber ansprechen allein reicht noch nicht. Im Spitalswesen – wer zahlt, schafft an –

Pröll: Was Sie verlangen, ist, gegenüber den Bundesländern einfach nur Nein zu sagen. Glauben Sie, das reicht?

Thurnher: Nein, nein. Ich verlange gar nichts. Ich sage Ihnen nur, das sagen Sie und das ist Ihre Maxime.

Androsch: Herr Dr. Pröll, ich verstehe schon die Schwierigkeiten. Aber wenn man den Grundsatz – wie sie ihn eben formuliert hat – akzeptiert, da schließe ich mich gerne an, dann gehören die Landeslehrer zum Bund, dann gehören die Spitäler zum Bund. Aber dort haben wir dann die Schwierigkeit mit der Koalition der Betonierer aus machtpolitischen Gründen. Ob es die Landesfürsten sind oder ob es die Gewerkschaftsbosse des öffentlichen Dienstes sind. Das können wir uns auf die Dauer nicht mehr gefallen lassen.

Pröll: Ich gebe Ihnen Recht, dass natürlich Österreich darauf aufpassen muss – und das betrifft jetzt die Frage Arbeitgeber-/Gewerkschaftsverhältnis, Lohnverhandlungen, auch den öffentlichen Dienst speziell, auch die Relation Bund-Länder – dass Österreich aufpassen muss, gerade im europäischen Kontext da wettbewerbsfähig, flexibel und klar zu bleiben in den Entscheidungsstrukturen. Ich sage aber schon etwas dazu: Der Föderalismus ist über Jahrzehnte gewachsen und Österreich liegt heute on top in Europa. Seien wir doch stolz darauf, was wir erwirtschaftet haben. Und da haben auch die Bundesländer ihren Anteil dabei. Wer glaubt, dass wir in einem Herbst oder innerhalb einer Regierungsperiode dieses gewachsene, strukturelle System von Jahrzehnten durchbrechen und völlig auflösen können, der weiß – und das wissen Sie besser als ich – dass Realpolitik anders aussieht. Dass wir aber den Schrauben zu drehen haben, dass klare Zuständigkeit und Effizienzsteigerung sein muss – und das ist meine Prämisse als Finanzminister. Wenn wir Zuständigkeiten neu ordnen, geht

das nicht aus machtpolitischen Gründen aus meiner Sicht zu argumentieren, sondern rein aus Effizienzgründen, Schnelligkeitsgründen für den Staat. Und das habe ich mit Fritz Neugebauer ganz klipp und klar besprochen. Auch auf ihn werden sehr harte Verhandlungen zukommen im Herbst, was das Gesamtsystem betrifft. Also da ist niemand ausgenommen.

Androsch: Der hat ja gerade letzte Woche wieder gesagt: „Alles soll so bleiben, wie es ist.“ Und das nenne ich den Terror des Status quo, der uns so viel Verschwendung einbringt. Und das fehlt uns für die Zukunft.

Pröll: Aber Dr. Androsch, ehrlich gesagt – und schauen Sie meine Bilanz auch an in der Landwirtschaft und in der Umweltpolitik, ich bin der Garant dafür, dass nicht alles so bleibt, wie es ist, sondern hoffentlich dass es besser wird. Also ich setze mich da dafür ein, da können Sie davon ausgehen, 100%ig.

Androsch: Da kriegen Sie alle Unterstützung. Und mir sind die Schwierigkeiten schon bewusst, diese verkrusteten Verwerfungen und Strukturen aufzubrechen, weil damit Interessen verbunden sind, machtpolitische Interessen. Aber das haben wir uns zu lange gefallen lassen, das ist immer schlimmer geworden. Der letzte Finanzausgleich Ihres Vorgängers war eine Katastrophe in dieser Richtung. Da sind noch zwei Milliarden geradezu nachgeschmissen worden, die Landesfinanzräte haben sich vor Freude auf die Schenkel geklopft. Das muss geändert werden.

Thurnher: Herr Androsch, entschuldigen Sie, wenn ich Sie kurz unterbreche. Versuchen wir es noch ein bisschen zu konkretisieren mit einer Frage, die Frau Maria Stern an Sie stellen möchte. Denn manche Menschen machen sich in der Situation, wo Sie von Ihnen einfach nicht und nicht erfahren können offenbar, was kommen wird, schon fast echte Existenzsorgen: „Ich bin alleinerziehende Mutter von drei Kindern. Wie Sie wissen, sind die Alleinerziehenden die von der Armut am zweitstärksten betroffene Bevölkerungsgruppe Österreichs. Wie stellen Sie sich das vor, dass diese Menschen weiterhin gut leben können, wenn Sie auch noch beabsichtigen, die 13. Familienbeihilfe zu streichen?“

Pröll: Ich weiß nicht – jetzt werden natürlich Einzelthemen herausgegriffen und in den Raum gestellt, die von mir so nie gekommen sind. Deswegen möchte ich noch einmal dazu sagen: Auch die Frau wird das sehen, dass jede Österreicherin und jeder Österreicher Sicherheit haben wird ab 1. Jänner. Und egal, ob wir am 22. Oktober vorlegen oder ein, zwei, drei Wochen später, weil wir dann erst fertig werden – es wird niemanden dieses Sparpaket und einnahmenseitige Paket vor dem 1. Jänner und überraschend treffen. Wir werden eine Begutachtungsphase haben und wir werden alle Maßnahmen, die es jetzt abzuwägen gilt, entsprechend dann auch präsentieren. Was aber klar ist, die Ministerien müssen sich an den Ausgaberrahmen halten und die Minister kommen jetzt – das weiß auch der Dr. Androsch besser als ich – gut, okay, aus der Beobachtung, selbst nie erlebt, was eine Koalition nämlich auch bedeutet. Und man muss diese politischen Vorschläge, die aus den Ministerien kommen, in der Koalition natürlich abklären.

Thurnher: Also keine konkrete Antwort für die Frau Stern im Moment? Sie lassen das völlig offen, ob das mit der 13. Familienbeihilfe kommt oder nicht.

Pröll: Die 13. Familienbeihilfe wird im September dieses Jahr – nächstes Monat – voll ausgezahlt. Und wir werden dann diskutieren, wie das für nächstes Jahr aussieht. Aber da gibt's viele andere Möglichkeiten, um intelligent zu sparen und nicht nur einfach mit dem Rasenmäher drüberzugehen.

Thurnher: Aber glauben Sie, ist es wirklich so egal –

Androsch: Es geht nicht ums Sparen. Es geht darum, diese unerträglichen Fettpölster der Verwendung und der Vergeudung und des sogar legalisierten Missbrauchs zu beseitigen.

Pröll: Aber da widerspricht Ihnen niemand.

Androsch: Ja, aber es muss ja auch geschehen. Und da kann man nicht einfach sagen: Qualität geht vor Tempo – und null Tempo ist keine Geschwindigkeit.

Thurnher: Wenn ich Sie recht verstanden habe, haben Sie einmal gesagt: „Das wird das unglaublichste Paket, das Österreich seit 1945 gesehen hat.“ Nach 1945 haben die Österreicherinnen und Österreicher gehungert und gefroren. Dann haben Sie gesagt, seit 1930 hat es keine so große Reform mehr gegeben – jetzt gerade. Also da steigt einem ja schon – pardon, wenn man das so sagen muss – die Grausbirn' auf vor lauter Angst, was da auf einen zukommt.

Pröll: Nein, Frau Thurnher, noch einmal, um es auf den Punkt zu bringen. 1930 die größte Wirtschaftskrise – und es sind sich alle Kommentatoren einig, dass das Jahr 2009 die zweitgrößte Krise nach 1930 beinhaltet. So. Nach 2009 müssen wir jetzt an die Aufräumarbeiten gehen und diesen Gau – ich würde nicht sagen, Megagau, aber Gau dieser Wirtschaftskrise entsprechend gemeinsam aufräumen. Und das ist die Herausforderung, die diese Regierung hat. Und ich habe dem Dr. Androsch auch genau zugehört in verschiedenen Interviews, der immer auch davor gewarnt hat, wenn ganz Europa jetzt gleichzeitig ans Sparen geht, kann das ein Problem für die zarte Konjunktur sein. Ich habe vieles von ihm gelesen, vorsichtig umzugehen, auch gestaffelt vorzugehen. Wir diskutieren das bei den Finanzministern. Wolfgang Schäuble war jetzt da, der Schweizer Finanzminister war da. Und es warnen viele davor, dass ganz Europa mit 2011 voll in die Konsolidierung geht. Da müssen ja manche drei Prozent Defizit reduzieren. Wissen Sie, was das heißt für den nationalen Markt und für die Kraft Europas im internationalen Wettbewerb?

Thurnher: Die Deutschen wissen schon, wie – in etwa.

Pröll: Nein, überhaupt nicht. Das ist auch eine Mär, mit der wir aufräumen.

Thurnher: Aber sie diskutieren zumindest öffentlich drüber – oder dürfen öffentlich drüber diskutieren.

Pröll: Nein, Frau Thurnher, Wolfgang Schäuble hat ein paar Eckpunkte genannt, mit der Gesamtsumme. Unsere Summen sind am Tisch – sechs Milliarden in der Endausbaustufe 2013 sind zu bringen. Die Ministerien wissen, wie ihre Ausgaberrahmen ausschauen, im Detail. Und jetzt geht's um die konkreten Maßnahmen. Wolfgang Schäuble und die Finanzminister sagen, dass unser Gesetz Bundesfinanzrahmen die Schuldenbremse ist, die sie verlangen. Es kann der jeweilige Minister bis 2014 nach Beschlussfassung im Parlament diese Grenze nicht mehr durchstoßen. Das ist eine Planung über vier Jahre, die kein anderes Land der Europäischen Union in der Qualität hat, nämlich per Gesetzesbeschluss. Kein Budgetüberschreitungsgesetz mehr. Alles das, was Sie kennen, ist weg.

Androsch: Bei dieser Planung kommt die Bildung zu kurz, kommt die Wissenschaft zu kurz –

Pröll: Wir können gern über das noch diskutieren. Das ist eine andere Sachfrage.

Androsch: Kommt die Forschung zu kurz. Und das halte ich für den falschen Ansatz. Ich würde die Schweiz als Vorbild nehmen und nicht Deutschland, weil die hat einen ähnlich verkrusteten Föderalismus wie wir und ein ähnlich antiquiertes Schulsystem. Dort werden wir nicht das Vorbild finden.

Pröll: Da sind wir jetzt bei einem anderen Thema. Würde ich gerne auch diskutieren, wenn das gewünscht ist.

Thurnher: Wir haben nicht so viel Zeit, uns in viele Einzelheiten zu vertiefen. Aber wir haben die Zeit uns genommen, auch im Vorfeld die Menschen hier in der Gegend in der Donaacity einmal zu fragen:

„Wo würden Sie denn sparen, wenn Sie Finanzminister wären?“

„Das ist eine gute Frage. Wo überall? Ja, überall.“

„Na, wo sollen wir einsparen? Na, bei den zu großen Sozialleistungen.“

„Bei Familie sicher nicht.“

„Aber auf jeden Fall bei den Steuern.“

„Bei den Politikern. Die verdienen viel zu viel und machen zu wenig.“

„Bei den ganzen Beamten, die unnötig herumsitzen.“

„Bei den Reichen.“

„Bei den hohen Provisionen, die gewisse Leute bekommen, ohne eigentlich die entsprechende Gegenleistung dafür zu bringen.“

„Mein Gott, nein, wo würde ich einsparen? Bei den Staatsausgaben wahrscheinlich, nehme ich an.“

Thurnher: Irgendwas dabei? Hohe Provisionen für Manager – ich weiß nicht –

Pröll: Also es ist eine sehr breite, sehr allgemein gehaltene Anforderung, auf die wir dann im Detail Antwort geben können. Da sind ja viele Anregungen dabei, die man durchaus aufgreifen kann, aber –

Thurnher: Ist jetzt die Zeit der Lobbyisten eigentlich, wo man kommen muss und sagen: Bitte bei uns nicht, bitte bei uns nicht – und nützt das dann was?

Pröll: Nein. Diese Zeit ist vorbei. Wissen Sie, warum? Weil der Landwirtschaftsminister, der Wirtschaftsminister, der Sozialminister überhaupt keine Möglichkeit mehr haben, nach dem Budgetbeschluss im Parlament, der gefallen ist, mehr auszugeben. Jetzt kann man vielleicht lobbyieren, welche Maßnahme gestrichen werden kann oder nicht, eine Reihung der Maßnahmen. Aber mir geht's als Finanzminister um die Gesamteinhaltung des Budgets. Und da habe ich eine starke Stellung seit dem Gesetzesbeschluss, da werden Sie mir Recht geben, eine stärkere als je zuvor. Gegen den Willen der ÖVP kann kein Minister mehr ausgeben, als wir derzeit schon festgezurret haben. Die Frage der politischen Gewichtung der Einzelmaßnahmen auf der Sparsseite und auf der Einnahmenseite – das ist nämlich das Interessante für die Öffentlichkeit – aber mir geht es darum, die Gesamttangente zu bringen. Wir haben ja diese Bundesregierung gebildet vor zwei Jahren gegen auch massiven Widerstand in meiner Partei zum Teil. Die Regierung hat die Krisenbewältigung besser als andere erledigt. Jetzt kann man sagen, die Schweiz ist vielleicht noch besser durchgekommen,

auch mit speziellen Effekten – Bankwesen und anderes, was die Schweiz hat. Aber wir haben es sehr gut gemacht. Ich meine, wir brauchen da überhaupt nicht diese Arbeit in Zweifel zu ziehen. Und jetzt, nach den letzten Monaten, die auch durch Parteitage, Wahlkämpfe vielleicht etwas unruhiger waren – wo ich auch nicht ganz zufrieden bin mit der Entwicklung – wird der Herbst jetzt eine neue Dynamik bringen. Und da lade ich den Koalitionspartner ein, Arbeit für Österreich zu leisten. Und da gibt's viele Anregungen, auch von Ihnen, die ja nicht außen vor sind. Schauen Sie, wir führen ja schon im Sommer und jetzt Gespräche mit den Ländern, mit den Gewerkschaften, mit den Pensionistenvertreterinnen und –vertretern, akkordiert. Wir entwickeln uns ja entlang der Verhandlungssituation. Das, was vielleicht neu ist für die Medien, ist, dass wir das nicht vor dem Vorhang tun.

Thurnher: Ja, wissen Sie, warum das so ungewöhnlich ist?

Pröll: Warum?

Thurnher: Vor allem von Ihnen. Ich muss das jetzt noch einmal zitieren, obwohl ich das im letzten Jahr schon getan habe. Gerade von Ihnen, der Sie sich im Wahlkampf vor zwei Jahren als „Schirmherr des Bürgervertrages“ zur Verfügung gestellt haben und dort wollten, dass ein Weisenrat einerseits für die Einhaltung dieses Vertrages garantiert, indem er kontrolliert, ob die ÖVP Wahlversprechen erfüllt. Dazu sollte es eine Internet-Plattform geben, auf der die Bevölkerung mitdiskutieren sollte können über politische Maßnahmen. Was wäre da näher gelegen, als über genau dieses Problem auch in der Öffentlichkeit zu diskutieren? Weder ist aus dieser Idee was geworden noch hat man das Gefühl, dass gerade Sie in der ÖVP, der auch für die Perspektivengruppe verantwortlich war, jetzt dieses Offene, das Sie damals versprochen und angekündigt haben, auch leben wollen?

Pröll: Frau Thurnher, Sie wissen, dass die Perspektivengruppe einen wirklichen Schub auch in vielen Positionen in der ÖVP gebracht hat, viel mehr Offenheit und Breite und Wählbarkeit geschaffen hat. Viele Gruppenleiter – und da geben Sie mir ein gutes Stichwort – der Perspektivengruppe sind heute im Team in der Österreichischen Volkspartei in der Regierungsverantwortung. Ich bin sehr stolz auf diese Arbeit. Und deswegen klipp und klar eines: Wir werden in der Bundesregierung am Verhandlungstisch mit den Ländern, mit den Gewerkschaften, aber auch in uns dieses Paket ausarbeiten und dann selbstverständlich das erfüllen – in Begutachtung gehen. Ich habe nicht vor, dass ich das Budget und das Sanierungspaket –

Thurnher: Das müssen Sie ja.

Pröll: Jaja – eine sehr kurze Begutachtungsphase machen, sondern möglichst lang – zwei, drei Wochen – Begutachtungszeit gebe, auch dem Parlament, um diese Diskussion bis zum Parlamentsbeschluss und zur Budgetrede zu ermöglichen. Und darf ich noch etwas sagen: Wie Dr. Androsch gesagt hat, da sollte der Finanzminister – also sollte ich – überlegen, ob er am 22. Oktober einfach ein Budgetprovisorium vorlegt. Ist das ehrlich? Ist das ehrlich? Das könnte ich tun, da hätte ich überhaupt keinen rechtlichen Vorwurf. Ich gebe Ihnen Recht. Aber dann gehe ich ins Parlament und lege ihnen einen Zehnseiter hin und sage: Das ist mein Budgetprovisorium, wir verlängern das

Jahresbudget bis 2011. Tue Genüge der Verfassung, aber ich muss jedem erklären, die Zahlen, in Wirklichkeit ist es noch nicht –

Androsch: Aber noch immer besser als eine Missachtung der Verfassung.

Pröll: Wenn Sie sich rein auf den rechtlichen Standpunkt zurückziehen, möglicherweise. Aber ich frage mich: Ist das dann ehrlich? Oder ist es ehrlicher, das Parlament in dieser Ausnahmesituation zu bitten, ein qualitätsvolles, vollinhaltlich abarbeitbares Budget 2011 dann etwas später vorzulegen? Nicht mehr und nicht weniger habe ich in den Raum gestellt. Und das ist ein Angebot.

Androsch: Dr. Pröll, ich konzediere gerne, dass es der Regierung – und die ist ja völlig neu im Amt mit diesem Schlamassel, das sie nicht verursacht hat, konfrontiert worden – dass sie die Kernschmelze der Banken –

Pröll: Sie wissen ja das besser als ich –

Androsch: – vermeiden konnten und den Absturz auffangen konnten. Leider haben wir bei den Banken noch keine Konzeption, wie in Zukunft die Bankenlandschaft aussehen soll.

Thurnher: Das heißt, die Banken sind noch nicht über den Berg? Oder wie sehen Sie das?

Androsch: Wenn ich die Alpen-Adria ansehe, kann man das wirklich nicht behaupten.

Pröll: Aber die ist nicht der Standard für die österreichische Bankenlandschaft. Muss man aufpassen.

Androsch: Nein, aber ich will auch andere Beispiele nicht nennen. Aber mir fehlt die Gesamtkonzeption, wo wir in drei, vier Jahren sein wollen. Und daher brauchen wir jetzt eine Doppelstrategie. Natürlich brauchen wir eine intelligente wachstumsfördernde und nicht -umbringende Budgetkonsolidierung. Aber wir brauchen auch eine Wachstumsstrategie, um die Zukunft nicht zu verspielen, sondern zu gestalten. Und das hat auch das Wirtschaftsforschungsinstitut vorgeschlagen und im Detail ausgearbeitet. Und da würde man sich wünschen, dass sich die Regierung auf einen solchen Konsolidierungspfad, aber gleichzeitig Wachstumspfad verständigt, zu dem entsprechende Beseitigung von Verschwendung gehört und unter Berücksichtigung, dass wir ein Hochsteuerland sind mit einer exzessiven Steuerprogression in der Lohn- und Einkommensteuer.

Thurnher: Jetzt reden wir kurz über die Banken vielleicht auch.

Pröll: Ja, genau das wollte ich tun, weil es angesprochen ist und das natürlich ein sehr wichtiges Thema auch für die Finanzierung der Wirtschaft und der privaten Haushalte darstellt. Jetzt wollen wir gar nicht mehr die Bankenrettungsaktion, Unterstützungsaktion, beurteilen, die ja nicht für die Banken selbst, sondern für die Frage der Finanzierung der Wirtschaft und für die Aufrechterhaltung der Kredite für die Wohnungen und für die Häuslbauer, für die Spareinlagen notwendig war. Wir haben das nicht zum Selbstzweck der Banken, sondern natürlich – das wissen Sie ganz genau – zur Stabilisierung des Allgemeinwesens in Österreich gemacht. Ich kann hier auch eines sagen, das ist eine wichtige Botschaft. Weil ja viele gesagt haben, das Geld für die Banken ist weg und hinausgeworfen. Wir bilanzieren heuer trotz der Schwierigkeiten, dass einzelne Banken nicht ihre Dividenden an den Staat und Haftungsentgelte zahlen können, mit einem Überschuss aus dem Bankenpaket für die Republik von 280 Millionen Euro. Wir verdienen heuer am Bankenpaket – weil wir uns billiger finanzieren und die Banken mit acht Prozent Zinsleistung an den Staat und für den Steuerzahler blechen müssen. Und das ist gut so. Das ist auch etwas, was man sagen muss ein Jahr nach diesem Rettungspaket.

Thurnher: Darf ich da ganz kurz eine Frage genau zu dem Punkt dazu bitte vom Herrn Rösner abfragen, er will Folgendes wissen: „Mich würde interessieren, warum bei der österreichischen Lösung des Bankenpakets die Banken, wenn sie ein Jahr die Zinsen nicht bedienen können, sie dann später, wenn sie wieder erfolgreich sind, nicht mehr zurückzahlen müssen.“

Pröll: Das ist eine rechtliche Situation. Aus der rechtlichen Situation heraus können Dividenden nur in dem Jahr geleistet werden, in dem sie auch möglich sind. Und ich sage auch dazu: Es zahlen jene Banken keine Dividenden, die sie sich nicht mehr leisten können. Und genau deswegen haben wir das Partizipationskapital zur Verfügung gestellt, um die Banken zu stabilisieren. Das ist eine rechtliche Situation, die politisch nicht anders zu klären war. Aber noch einmal: Das Bankenpaket in Summe bringt für den Steuerzahler heuer ein Plus, einen Überschuss von 280 Millionen Euro, obwohl einzelne Banken – und wir reden heute nicht über die Namen, aber Sie haben es angesprochen – Probleme haben, die Dividenden zu bedienen.

Thurnher: Über einen Namen würde ich schon ganz gern reden, nämlich ganz kurz über die Hypo Alpe-Adria.

Pröll: Nein. Sie können über alle Namen mit mir reden, nur ich werde nicht strukturelle Probleme von Einzelbanken nennen –

Thurnher: Jaja, das passt schon. Aber reden wir über die Hypo trotzdem kurz. Und da war Ihr ÖVP-Landesobmann Josef Martins als Aufsichtsratsvorsitzender der Kärnten Holding ja bei allem dabei, was passiert ist. Und gegen ihn wird jetzt auch ermittelt wegen falscher Zeugenaussage. Kann sich die ÖVP wirklich da so abputzen und sagen: Geht uns alles nichts an, hat mit uns nichts zu tun, Kärnten, BZÖ, FBK, egal, nur wir nicht.

Pröll: Sie werden keine einzige Meldung von mir oder von wem anderen hören, wo wir uns an jemandem abputzen.

Thurnher: Nein. Schweigen kommt da.

Pröll: Frau Thurnher, nein. Sondern wir haben mit der Hypo Alpe-Adria eine Bank – die sechstgrößte Bank des Landes – stabilisieren müssen. Sie wissen, dass damals Notenbanker bis hin zu (*unverständlich*) interveniert haben, weil diese Bank auch für Kroatien, Serbien und andere Nachbarländer systemrelevant ist in einem viel höheren Ausmaß als für Österreich. Wir standen ja vor der Entscheidung: Hops gehen lassen oder nicht? Das Versenken der Hypo Alpe-Adria hätte uns deutlich mehr gekostet – deutlich mehr als die Rettungsaktion. Sie kennen die Haftungen des Landes Kärnten, 17 Milliarden, die damals ausständig waren, hätten den Bund sofort – man schätzt – sechs bis sieben Milliarden auf einen Schlag gekostet. Jetzt haben wir 1,3 Milliarden in der Bank. Und ich will haben, dass diese Bank ab dem nächsten Jahr die Nulllinie erreicht. Wenn das nicht der Fall ist, muss man über Zerschlagung, über neue Maßnahmen und neue Strategien nachdenken. Aber es schaut nicht so schlecht aus. Und ich bin durchaus optimistisch, wenn das Wachstumsszenario für Südosteuropa eines ist, das sich derzeit etwas positiv abzeichnet. Und ich sage noch etwas dazu, ich möchte da gar nicht ausweichen, weil Sie Josef Martins und ÖVP genannt haben – und ich habe ja keinen Grund, an seinen Aussagen zu zweifeln. Eines gilt für mich: Die Sonderkommission, die Justiz und CSI Hypo müssen alles umdrehen, was in der Bank in den letzten Jahren passiert ist. Sie tut das

auch. Der Aktenberg ist enorm. Ich will alles aufgedeckt haben, als neuer Eigentümer, was in dieser Bank los war, sowohl in der Bankverantwortung der Organe als auch in der politischen Verantwortung. Da lasse ich überhaupt keinen Zweifel offen, da wird's kein Augenzudrücken geben.

Thurnher: Es wäre ganz schön, wenn Sie ein paar Zweifel auch ausräumen könnten, die unsere Zuschauerinnen und Zuschauer haben, und Fragen, die sie an Sie ganz konkret haben. Vielleicht können Sie ja eine davon doch beantworten.

„Herr Finanzminister, können Sie uns garantieren, dass nach den Wahlen alles so bleibt für den Pensionisten, wie vorher?“

„Herr Vizekanzler Pröll, können Sie mir als zukünftige Studentin eigentlich garantieren, dass die Studiengebühren nicht wieder eingeführt werden?“

„Herr Finanzminister, an den Beamten ist die Wirtschaftskrise fast spurlos vorübergegangen. Können Sie sich vorstellen, auch für die Beamten eine Nulllohnrunde einzuführen?“

„Herr Finanzminister, können Sie sich vorstellen, dass das 13. und 14. Monatsgehalt nicht angegriffen wird, dass uns das bleibt?“

Thurnher: Kann man das so beantworten?

Pröll: Zum 13./14., ganz klar gesagt, haben wir keinen Anlass, in die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts einzugreifen. Generell gibt es aber in den anderen Fragen keine Tabus. Wir sind offen für jeden Vorschlag. Und wenn der Dr. Androsch sagt, die Regierung hat in der Krisenbewältigung und in den Aufräumarbeiten nicht nur Konsolidierungsaufgaben zu erledigen, sondern auch Optionen zu geben für die Zukunft, dann wird das genauso ein Punkt sein. Wir müssen und wollen konsolidieren, aber ich werde dafür sorgen, dass auch offensive Maßnahmen in der Forschungstangente – können wir gern darüber reden – für Österreich, in der Unterstützung der Universitäten, dass hier auch Offensivmaßnahmen in der Ökologisierung Gelder da sind, um Freiraum zu schaffen in den Zukunftsfeldern. Absolut. Wir überlegen, in der Forschung – Sie wissen das, es ist derzeit eingestellt, wo wir neun Milliarden Euro ausgegeben haben in der abgelaufenen Periode – bis zu 13, 14 Milliarden auszugeben in der Vergleichsperiode für die Zukunft. Das heißt, es wird nicht so sein, dass wir eindimensional einzelne Maßnahmen in die Auslage stellen und dann sagen: Jetzt haben wir die sechs Milliarden erreicht –

Thurnher: Aber beim 13. und 14. sagen Sie Nein? Da kommt nichts?

Pröll: Jetzt haben wir die sechs Milliarden erreicht und dann ist damit Schluss und wir haben nichts übrig für investive Zukunftsaufgaben. So wird es nicht sein. Und deswegen ist es auch ein sehr anspruchsvolles Paket.

Thurnher: 13./14. habe ich verstanden, da gibt's nichts? Alles andere ist offen.

Pröll: Mhm.

Thurnher: Eine Frage noch zum Thema Parteispenden. Aus allen Parteien kommt jetzt aus aktuellem Anlass das Bekenntnis: Jaja, klar, offenlegen, warum denn auch nicht.

Pröll: So ist es. Auch von der ÖVP.

Thurnher: Auch von der ÖVP. Dann sagen Sie uns doch einmal, wie viele Parteispenden bekommt denn die ÖVP zum Beispiel – wie die Grünen etwa vermuten – von Raiffeisen pro Jahr?

Pröll: Frau Thurnher, wissen Sie, diese plakativen Anschuldigungen, die hier in den Raum gestellt werden –

Thurnher: Wieso ist das eine Anschuldigung?

Pröll: Oder Verdächtigungen oder Zuordnungen –

Thurnher: Wieso? Die Frau Marik sagt ja selbst schon, sie bekommt Geld für den Wiener Wahlkampf von Raiffeisen. Also warum ist das eine Anschuldigung?

Pröll: Dahinter steht ja etwas anderes, eine andere Konnotation, die Sie mit transportieren, und nicht die Frage nach der Transparenz.

Thurnher: Nein, gar nicht, das war eine sachliche Frage.

Pröll: Ja, ich versuche sie auch sachlich zu beantworten. Wir haben überhaupt kein Problem, gleiches Recht für alle. Ich habe das mit dem Generalsekretär auch so besprochen, der in der Arbeitsgruppe sitzt, die Parteispenden transparenter zu machen als sie sind. Wir stehen dafür, Transparenzkontoeinführung – ich erwähne es hier – wo es große Widerstände gab.

Thurnher: Wann? Wann kommt das?

Pröll: Wir werden diese Woche in Begutachtung gehen mit dem Transparenzkonto.

Thurnher: Nein, ich meine jetzt mit den Parteispenden.

Pröll: Was die Parteispenden betrifft – abgeleitet davon – bin ich bereit, absolut offensiv in die Diskussion zu gehen, die Parteispenden auf den Tisch zu legen. Gleiches Recht für alle. Und – und das kommt schon dazu, wenn ich heute eine Zeitung lese – natürlich auch inklusive der Firmennetzwerke, Stiftungen, Steiermark, Wien – wo Parteien Anteile an Unternehmen halten und wo Rückflüsse da sind. Das heißt, man muss das Gesamte sehen. Und da bin ich absolut bereit, neue Wege zu gehen.

Thurnher: Das hören wir seit langer Zeit und wir warten noch immer und freuen uns sehr, wenn wir –

Pröll: Sie werden sehen, dass es gelöst werden kann.

Thurnher: – wenn wir eines Tages tatsächlich die Unterlagen über die Parteifinzen der ÖVP in die Hand bekommen. Wir sind gespannt, ob wir das bei den nächsten Sommergesprächen auch noch thematisieren müssen oder sollen. Meine Herren, ich bedanke mich bei Ihnen sehr für das Sommergespräch 2010.

[50.974 Zeichen]